

Herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Klingmüller, Köln (Vors.); Prof. Dr. Erwin Deutsch, Göttingen; Prof. Dr. Rolf Herber, Hamburg; Prof. Dr. Ulrich Hübner, Köln; Prof. Dr. Dieter Medicus, München; Prof. Dr. Wulf-Henning Roth, Bonn; Prof. Dr. Peter Schlechtriem, Freiburg

Produktrückrufpflicht und Kostenersatz in der Haftpflichtversicherung

von Dr. Arnd Pannenbecker

Gliederung

Einleitung.....	1
1. Teil Die Rückrufpflicht.....	6
A. Begriff des Rückrufs und Arten der Rückrufpflicht.....	6
I. Begriff des Rückrufs.....	6
II. Arten der Rückrufpflicht.....	7
1. Strafrechtliche Rückrufpflicht.....	7
2. Öffentlich-rechtliche Rückrufpflicht.....	7
3. Privatrechtliche Rückrufpflicht.....	9
B. Rechtsnatur, dogmatische Herleitung und Entwicklung.....	10
I. Rechtsnatur der Rückrufpflicht.....	10
II. Dogmatische Herleitung der Verkehrspflichten.....	12
1. Auffassung des historischen Gesetzgebers.....	12
2. Rechtsprechung des Reichsgerichts nach 1900.....	15

3. Ursprüngliche Herleitung aus zwei Grundlagen.....	16
III. Entwicklung bis zur Produktbeobachtungs- und Reaktionspflicht.....	17
C. Konsequenzen des entwickelten Pflichtengefüges für die Produkthaftung.....	21
I. Sachlicher Schutzbereich der Rückrufflicht.....	21
II. Bedeutung des Fehlverhaltens für die Begründung der Gefahrsteuerungspflicht.....	23
1. Verhaltensbezug der Verkehrspflicht.....	23
2. Objektive Verkehrspflichtverletzung erfordert Erkennbarkeit der Pflichtenstellung.....	27
3. Auslösung der Rückrufflicht durch das ex ante wahrscheinliche Sicherheitsdefizit.....	29
a. Art des gefährdeten Rechtsgutes.....	31
b. Intensität der drohenden Schädigung.....	31
c. Differenzierung nach der Anzahl der bedrohten Rechtssubjekte.....	32
D. Sicherheitsdefizitkategorien.....	33
I. Konstruktionsfehler.....	34

1. Technische Standards.....	35
a. Allgemein anerkannte Regeln der Technik.....	35
b. Stand der Technik beziehungsweise Stand von Wissenschaft und Technik.....	37
2. Beeinflussung des gebotenen Sicherheitsstandards.....	39
a. durch die am Gefährdungspotential orientierte herrschende Verkehrsauffassung.....	39
aa. Natur des Produktes.....	40
ab. Umstände der Produktverwendung.....	40
ac. Preis des Produktes.....	43
b. durch das dem Verkehrspflichtigen Zumutbare.....	43
3. Relevanter Zeitpunkt für die Beurteilung des technischen Standards.....	44
II. Entwicklungsrisiken.....	45
1. Bereich der Entwicklungsrisiken.....	45
2. Abgrenzung von Entwicklungslücken.....	46
III. Fabrikationsfehler.....	47
IV. Ausreißer.....	49

V. Vertriebsfehler.....	50
E. Funktionen der Rückrufpflicht.....	51
I. Präventive Funktionen.....	53
1. Konstruktions- und Fabrikationsfehler.....	53
2. Entwicklungsgefahren und Ausreißer.....	54
II. Kompensatorische Funktion.....	55
F. Gefahrsteuerungspflichtige Rechtssubjekte.....	56
I. Zurechnungsgrund der Rückrufpflicht.....	56
1. Rückrufpflicht wegen enttäuschten Vertrauens.....	56
2. Rückrufpflicht wegen tatsächlicher Bestimmungsgewalt über den eigenen Gefahrenbereich.....	57
3. Rückrufpflicht wegen Zumutbarkeit der Gefahrsteuerung.....	60
4. Ingerenz als Zurechnungsgrund der Rückrufpflicht.....	61
II. Adressaten der Rückrufpflicht.....	65
1. Endhersteller.....	66

a.	Eingeschränkte Verantwortung für die Sicherheit von Zulieferteilen.....	66
aa.	Verantwortungs- und haftungsbeschränkende Wirkung der Arbeitsteilung.....	67
ab.	Verantwortung für die Fabrikation von Zulieferteilen.....	69
ac.	Verantwortung für die Konstruktion von Zulieferteilen.....	69
b.	Umfang der Rückrufflicht des Endherstellers.....	71
ba.	Umfassende Rückrufflicht.....	71
bb.	Eingeschränkte Rückrufflicht.....	72
bba.	Originäre Einschränkung des Umfangs der Verkehrspflichten.....	73
bbb.	Unterschied zu Kombinationsgefahren.....	75
bbc.	Unerheblichkeit der Anpreisung des Endproduktes als Eigenerzeugnis.....	76
bbd.	Unerheblichkeit der Trennung zwischen Außen- und Innenverhältnis.....	76
bbe.	Teilergebnis.....	77

2. Zulieferer.....	78
a. Modifizierte Gefahrsteuerungspflicht und Regreß.....	78
b. Rechtspolitische Problematik.....	81
c. Verdeckung der Aufspaltung der Gefahrsteuerungspflichten durch die Beweislastumkehr.....	82
3. Vertriebshändler.....	83
a. Originärer Verantwortungsbereich des Vertriebs....	83
b. Mitverantwortung für Sicherheitsdefizite aus dem Herstellerbereich.....	84
ba. Grundsätzlich Untersuchungspflicht.....	85
bb. Grundsätzlich bloße Sichtprüfungspflicht, weitere Untersuchungspflichten nur bei besonderen Umständen.....	86
c. Produktbeobachtungs- und Rückrufpflicht.....	87
4. Importeur.....	89
a. Rückrufpflicht nur bei Verursachung eines Sicherheitsdefizits durch Produkteinfuhr.....	90
b. Rückrufpflicht auch bei Schlüsselstellung im inländischen Vertrieb.....	92

5. Quasi-Hersteller.....	95
a. Herstellerverkehrspflichten wegen Identifikation mit dem Produkt.....	95
b. Grundsätzlich nur Verkehrspflichten eines normalen Händlers.....	97
c. Weitergehende Verkehrspflichten auf Grund besonderer Umstände.....	98
G. Voraussetzungen für die Entstehung der Rückrufpflicht.....	99
I. Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.....	99
II. Geeignetheit.....	100
III. Erforderlichkeit.....	101
1. Empirische Geeignetheitsprüfung.....	101
a. Einschaltung von Behörden.....	101
aa. Hoheitlicher Rückruf.....	102
ab. Zwangsmaßnahmen gegenüber Produktbenutzern.....	103
b. Warnung.....	103
ba. Materielle Kriterien zur Ermittlung der Eignung zur Gefahrsteuerung.....	105

baa.	Gefahrenbewußtsein des Produktbesitzer- und Produktbenutzerkreises.....	105
bab.	Produktwert.....	106
bb.	Teilergebnis.....	108
2.	Wertende Betrachtung.....	108
a.	Differenzierung nach gefährdeten Rechtssubjekten.....	109
aa.	Gefährdung der Allgemeinheit.....	109
ab.	Gefährdung der Produktbenutzer.....	111
aba.	Weiternutzung trotz Warnung hebt Zurechnungszusammenhang auf.....	111
abb.	Keine Einschränkung der Produktverantwortung durch das Herausforderungskriterium.....	112
abc.	Keine Differenzierung zwischen der Gefährdung der Allgemeinheit und der Produktbenutzer.....	114
b.	Differenzierung nach Sicherheitsdefizitkategorien.....	115
ba.	Keine Rückrufpflicht bei Entwicklungsrisiken.....	116

bb. Rückrufflicht auch bei Entwicklungsrisiken.....	118
bc. Rückrufflicht auch bei Ausreißern.....	119
IV. Zumutbarkeit.....	120
1. Gegenstand der Abwägung.....	121
2. Interessenabwägung.....	122
a. Leben und Gesundheit.....	122
b. Eigentum.....	123
ba. Rangunterschiede des Vermögens im Bereich präventiven und kompensato- rischen Rechtsgüterschutzes.....	124
bb. Bedeutung der Zumutbarkeit zum Selbstschutz.....	125
bba. bei einer Gefährdung von Leben und Gesundheit.....	126
bbb. bei einer Eigentumsgefährdung.....	127
H. Inhalt und Dauer der Rückrufflicht.....	129
I. Inhalt.....	129
1. Transport.....	129

2. Reparatur.....	130
3. Umtausch oder Kaufpreiserstattung.....	132
4. Nutzungsausfall.....	132
II. Dauer.....	133
J. Vereinbarkeit mit dem Vertragsrecht.....	135
2. Teil Die Ersatzfähigkeit von Rückrufkosten im Rahmen des Rettungskostenersatzes gemäß § 63 Abs. 1 VVG.....	139
A. Grundgedanken und Rechtsnatur der Rettungspflicht.....	139
I. Grundgedanken.....	139
1. Treu und Glauben.....	140
2. Gefahrengemeinschaft.....	141
3. Quod quis ex culpa sua damnum sentit, non intelligitur damnum sentire.....	141
4. Gedanke der persönlichen Rechtssphäre.....	142
5. Generalprävention.....	143

6. Geschäftsführung des Versicherungsnehmers für den Versicherer.....	143
II. Rechtsnatur.....	145
1. Rechtspflicht.....	145
a. Ältere Auffassung vor Einfügung des § 62 Abs. 2 VVG.....	145
b. Neuere Ansicht.....	146
c. Kritik.....	146
ca. Ermittlung der Interessenlage aus den Rechtsfolgen.....	146
cb. Ermittlung der Interessenlage aus dem Zweck der Norm.....	148
2. Subjektiver Risikoausschluß.....	149
3. Potestativbedingung.....	150
4. Obliegenheit.....	151
B. Begriff des Versicherungsfalls.....	151
I. Theorien zum Begriff des Versicherungsfalls.....	152
1. Kausalereignistheorie.....	152

2. Schadenereignistheorie.....	153
3. Ansprucherhebungstheorie.....	153
4. Theorie vom gedehnten Versicherungsfall.....	153
II. Begriff des Versicherungsfalls in § 62 VVG.....	154
1. Wirksamkeit und Funktion des § 5 Ziff. 1 AHB.....	155
a. Wirksamkeit.....	155
aa. Verhältnis der Leistungspflicht des Versicherers zum Versicherungsfall.....	157
ab. Inanspruchnahme ist nicht Bestandteil der versicherten Gefahr gemäß § 1 Ziff. 1 AHB.....	159
b. Funktion.....	160
c. Teilergebnis.....	160
2. Begriff des Versicherungsfalls gemäß § 5 Ziff. 1 AHB.....	160
a. Kausalereignis (Verstoß) als Versicherungsfall.....	161
aa. Inhaltliche Differenz zwischen den Ereignisbegriffen in § 1 Ziff. 1 und § 5 Ziff. 1 AHB.....	162

ab. Inhaltliche Übereinstimmung der Ereignisbegriffe in § 1 Ziff. 1 und § 5 Ziff. 1 AHB.....	163
b. Teilergebnis: Schadenereignis als Versicherungsfall.....	165
3. Verhältnis von Schadenereignis und Schaden.....	165
a. Versicherungsfall beinhaltet Schadenentstehung.....	166
b. Möglichkeit einer vertraglichen Festlegung des Verhältnisses von Schadenereignis und Schaden.....	167
c. Kausalverhältnis zwischen Versiche- rungsfall und Schaden.....	168
4. Konsequenzen des Kausalverhältnisses zwischen Versicherungsfall und Schaden für die Rettungspflicht.....	170
a. Eintritt der Rettungspflicht erst bei Schadeneintritt.....	170
b. Eintritt der Rettungspflicht mit dem unmittelbar den Schadeneintritt aus- lösenden Ereignis.....	171
5. Wirkung von Serienschadenklauseln auf den Begriff des Versicherungsfalls.....	174

a. § 3 II Ziff. 2 Abs. 1 S. 3 AHB.....	174
b. Ziff. 8.1 ProdHB.....	175
6. Teilergebnis.....	175
C. Eintritt des Versicherungsfalls durch Rechtsgutgefährdung.....	176
I. Ansprüche des Produktbenutzers gegen den Gefährdenden.....	177
II. Reichweite des Versicherungsschutzes gemäß § 1 Ziff. 1 AHB.....	179
D. Zeitliche Erstreckung der Rettungspflicht.....	182
I. Argumentation aus dem Wortlaut des § 62 Abs. 1 VVG.....	182
1. „Bei dem Eintritt“.....	182
2. „Abwendung“.....	184
II. Argumentation aus Inhalt und Umfang der Rettungspflicht.....	184
1. Inhaltliche Bestimmung von Abwendung und Minderung.....	185
2. Ermittlung des Umfangs der Rettungspflicht durch Abgrenzung des § 62 VVG von § 152 VVG.....	186

a. Verhaltensbezogene Abgrenzung.....	187
b. Abgrenzung nach Gesamt- und Teilverursachung.....	189
c. Abgrenzung nach der Art der Aufwendungen.....	189
d. Zeitliche Abgrenzung.....	191
da. Zweck der Anknüpfung der Rettungs- pflicht an den Versicherungsfall.....	192
daa. Änderung der Anforderungen an die Sorgfalt in eigenen An- gelegenheiten.....	192
dab. Anspruchbeschränkung.....	193
daba. <i>Relevanter Unterschied zwischen Gefährzustand und dynamischem Vor- gang hin zum Schaden- eintritt.....</i>	193
dabb. Bedeutung der Geschäfts- führung ohne Auftrag im Verhältnis Versicherungs- nehmer/ Versicherer.....	195
dabc. Teilergebnis.....	197
db. Ablehnung der Vorerstreckung der Rettungspflicht	197

e. Teilergebnis: Zeitliche Abgrenzung.....	200
E. Bedeutungsgehalt des § 63 VVG.....	201
I. § 63 VVG ist Gegenstück zu § 62 VVG.....	201
II. Verlagerungsfunktion des § 63 VVG.....	202
F. Abgrenzung der ersatzfähigen von den nicht ersatzfähigen Aufwendungen und Einordnung des Rückrufs.....	204
I. Gesichtspunkte der Abgrenzung.....	204
II. Einordnung des Rückrufs.....	206
G. Weiter Argumente gegen die Überwälzung von Rückrufkosten vom Versicherungsnehmer auf den Versicherer.....	208
I. Erfordernis der objektiven Abwehr versicherten Schadens.....	208
II. Wirtschaftliche Konsequenzen einer abweichenden Einordnung.....	210
III. Argumentation aus § 4 Abs. 1 Ziff. 6b AHB und aus § 4 Abs. 2 Ziff. 5 AHB.....	211
Zusammenfassung.....	213